

LITERATUR

Kathleen Ernst, **Standortsteuerung durch Landesplanung und kommunale Bauleitplanung**. Hoheitliche Einflussnahme auf die Standortwahl Privater, dargestellt am Beispiel der Factory Outlet Center. Schriften zum Öffentlichen Recht, Band 1047. Duncker und Humblot, Berlin 2006. 248 Seiten, € 78,60.

Der Einzelhandel in Deutschland war in den letzten Jahrzehnten einem ständigen Strukturwandel unterworfen. Hierauf hat das Bau- und Raumordnungsrecht jeweils reagiert. So wurde der Ausbreitung von großflächigen Betrieben auf der „grünen Wiese“ beispielsweise durch § 11 Abs. 3 BauNVO entgegengewirkt. Eine neue Herausforderung für die kommunale und überörtliche Raumplanung sind sog. Factory-Outlet-Center („FOC“, zu deutsch: „Hersteller-Direkt-Verkaufszentrum“). Hersteller verkaufen dort ihre Waren direkt an die Verbraucher, anders als beim Fabrikverkauf aber nicht am Ort der Herstellung und anders als bei „normalen“ Einkaufszentren ohne zwischengeschalteten Groß- und Einzelhandel. Die hier zu besprechende, an der Münchener juristischen Fakultät entstandene Dissertation von *Kathleen Ernst* behandelt die Möglichkeiten und Grenzen der Standortsteuerung für Factory-Outlet-Center. Vor allem die verschiedenen Funktionen und Wirkungsmechanismen von raumordnerischen Plänen werden von der Verfasserin fundiert analysiert. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass das um ein Kongruenzgebot erweiterte zentralörtliche Gliederungssystem mit dem Ziel, FOC nur an Orten mit einer entsprechenden Zentralitätsstufe zuzulassen, zu starr ist und verfassungsrechtlichen Bedenken unterliegt, insbesondere im Hinblick auf die kommunale Selbstverwaltungsgarantie des Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG. Eine Steuerung habe vielmehr über das landesplanerische Beeinträchtigungsverbot zu erfolgen, etwa dergestalt, dass die Ansiedlung eines FOC zugelassen werden kann, wenn die Versorgerfunktion eines übergeordneten zentralen Ortes durch die Ansiedlung nicht beeinträchtigt wird. Hinsichtlich der kommunalen Möglichkeiten zur Standortsteuerung erläutert die Verfasserin insbesondere die Möglichkeit der Sondergebietsausweisung nach § 11 Abs. 2 und 3 BauNVO sowie die Ansiedlungsbeschränkungen nach § 1 Abs. 5 und 9 BauNVO zum Schutz vorhandener Versorgungszentren.

Die Untersuchung von *Ernst* ist eine wichtige Bereicherung des Schrifttums auf dem Gebiet des öffentlichen Planungsrechts. Erfreulich ist vor allem, dass die Verfasserin die Grenzen aufzeigt, die sich bei allem Verständnis für die Notwendigkeit einer planerischen Standortsteuerung aus den Grundrechten der Betreiber und der Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen ergeben. Es ist nicht die primäre Aufgabe des Planungsrechts, bestimmten Gewerbetreibenden Schutz vor Konkurrenz zu geben. Auch kann es nicht darum gehen, kleine Kommunen in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung auf den status quo festzuschreiben.

Prof. Dr. Gerrit Manssen, Regensburg